

Internet: Südwest-CDU kritisiert Onlineportal / SPD sieht keine Probleme

Abgeordnete unter der Lupe

Von unserem Korrespondenten Joachim Rück

Stuttgart. Die Milliarden-Hilfe für Griechenland beschäftigt auch im deutschen Südwesten derart die Gemüter, dass sie gleich Gegenstand der ersten Frage an ein baden-württembergisches Landtagsmitglied auf abgeordnetenwatch.de wurde. "Bis wann muss die BRD Insolvenz anmelden?", schreibt der besorgte Hans-Dieter Kauhl an die Tübinger SPD-Parlamentarierin Rita Haller-Haid. Ob und wie sie und ihre Kollegen auf die Bürgeranliegen antworten, daran misst das Internetportal die Dialogbereitschaft der Politiker mit dem Wähler.

Knapp ein Jahr vor der Landtagswahl ist Baden-Württemberg nach Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern als viertes Länderparlament bei Abgeordnetenwatch vertreten. Auch die Mitglieder des Bundestags und des Europäische Parlaments können dort angeklickt werden. "Wir zeigen, wie Abgeordnete mit Anfragen umgehen", sagt Gregor Hackmack, einer der Gründer des Portals. "Das kann hilfreich für die Wahlentscheidung sein."

Die Anliegen der Bürger werden gefiltert, bevor sie an die Empfänger weitergeleitet werden - Beschimpfungen und reine Stellungnahmen erscheinen nicht. Die Internetseite dokumentiert zudem das Abstimmungsverhalten der Volksvertreter - und ob sie überhaupt ihr Votum abgegeben haben.

Während die SPD ihren Fraktionären empfohlen hat, die Fragen zu beantworten, sieht die CDU Abgeordnetenwatch kritisch. Fraktionschef Peter Hauk bezweifelt die Transparenz der Plattform und bezeichnet deren Vorgehensweise als "sehr fragwürdig". Er rät den CDU-Parlamentariern, sich vorerst nicht zu beteiligen.

Mannheimer Morgen

30. April 2010

Adresse der Seite: http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20100430_srv0000005765877.html